

Bommert (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt nichts Schöneres an seinem Geburtstag, als in so viele gespannte, interessierte und frische Gesichter von Abgeordneten zu gucken.

(Beifall CDU - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Bei dem spannenden Thema!)

Meine Damen und Herren, zu Beginn geht natürlich auch mein ausdrücklicher Dank an den Landesrechnungshof, seine Mitarbeiter, das Kollegium und besonders natürlich den Präsidenten Dr. Thomas Apelt. Danke für die sachliche und konstruktive Unterstützung bei unserer Ausschussarbeit! Ich denke, das hat viel dazu beigetragen, dass es so funktioniert hat. Persönlich danken möchte ich an dieser Stelle auch dem Ausschussvorsitzenden Alwin Ziel, denn mit seiner ruhigen, angenehmen und sachorientierten Art der Ausschussleitung hat er maßgeblich zum Gelingen der Beratungen beigetragen.

(Allgemeiner Beifall)

Der Haushaltskontrollausschuss hat auch in diesem Jahr Beschlüsse zu wichtigen landespolitischen Themen gefasst. Manche davon, wie der Beschluss zum Unterrichtsausfall, kommen auch genau zur richtigen Zeit; denn der Unterrichtsausfall in unseren Schulen war noch nie so hoch wie heute. Obwohl Bildung für die Landesregierung höchste Priorität hat,

(Senftleben [CDU]: Angeblich!)

findet jede zehnte Stunde nicht wie geplant statt. Der Ausschuss fordert das Bildungsministerium dazu auf, das Konzept „Verlässliche Schule Brandenburg“ aus dem Jahr 2007 nicht nur scheinbar, sondern vollständig umzusetzen. Vor allem eigene Budgets für jede Schule sind ein wichtiges Instrument, um vor Ort besser und flexibler reagieren zu können.

(Beifall CDU)

Wir sind gespannt auf den Bericht, den das Ministerium im Herbst 2012 vorlegen wird. Die CDU-Fraktion erwartet, dass die Regierung nicht nur von guter Bildung für alle spricht, sondern auch endlich Verantwortung übernimmt; denn jede ausgefallene Stunde ist eine Stunde zu viel.

(Beifall CDU)

Kommen wir zu einem Thema, das bereits im letzten Jahr zu lebhaften Debatten im Ausschuss geführt hat, der Schuldenbremse. Es ist zu begrüßen, dass die Regierungsfractionen nun zumindest die Realitäten zur Kenntnis nehmen. Im einstimmigen Beschluss zur Haushaltslage heißt es:

„Inzwischen haben zwölf Länder die Schuldenregel des Grundgesetzes entweder in der Landesverfassung oder in der Landeshaushaltsordnung verankert.“

Das heißt, 12 von 16 Ländern haben sich klar zur Schuldenbremse und zum Ausstieg aus der Schuldenpolitik bekannt. Für die Landesregierung gibt es an der Stelle keine Ausreden und keine Ausflüchte mehr. Wenn es Rot-Rot mit der Haushaltssanierung ernst meint, greift sie endlich den gemeinsamen Gesetzesvorschlag der Opposition aus dem Jahr 2010 auf. Herr Markov, wir haben ihn vorgelegt, Sie müssen ihn nur noch übernehmen.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Zuletzt möchte ich noch zu einem Thema kommen, zu dem der Ausschuss sich leider nicht auf eine gemeinsame Position verständigen konnte. Der Rechnungshof stellte fest, dass das Finanzministerium Derivatgeschäfte in Höhe von 10 Milliarden Euro abgeschlossen hat. Des Weiteren sind im Jahresbericht zahlreiche Kritikpunkte des Landesrechnungshofs aufgelistet. So fehlt die Trennung von Abschluss, Abwicklung und Controlling. Häufig hat das Ministerium keine Vergleichsangebote eingeholt, und der Landtag wurde bisher nicht über den Einsatz der Derivate informiert. Der ursprünglich geplante Beschluss ist jedoch in wichtigen Punkten aufgeweicht worden. So ist etwa der Passus entfallen, dass das Ministerium zur Dokumentation von Vergleichsangeboten verpflichtet werden sollte. Das trat nicht ein.

Uns ist dieses Thema besonders wichtig und die möglichen Haushaltsrisiken sind zu gravierend, um an dieser Stelle faule Kompromisse zu machen. Wir haben deshalb im Ausschuss gegen

den Beschluss gestimmt und werden uns bei der heutigen Abstimmung über diese Beschlüsse enthalten. Zwei konkrete Beispiele sollen unsere kritische Sicht auf die Derivatgeschäfte des Landes verdeutlichen: In einer Fußnote des Jahresberichts merkt der Rechnungshof an, dass das Finanzministerium unlängst eine Option für Derivatgeschäfte gesichert hat. Dieses Geschäft hat eine Laufzeit von 2035 bis 2060. Wir beglückwünschen den Finanzminister zu dieser Weitsicht, hätten jedoch gerne gewusst, auf welche konkreten Annahmen sich dieses Geschäft stützt. Auch lässt sich darüber streiten, ob das Wetten auf die ferne Zukunft unbedingt zum Geschäft eines Finanzministeriums gehören sollte.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Vor einem Monat hat das Finanzministerium in Sachen Derivate Entwarnung gegeben. Ein Sprecher stellte klar, dass die Derivatgeschäfte des Landes vornehmlich der Risikominimierung dienen. Vornehmlich zur Risikominimierung - das klingt danach, dass ein bisschen Zocken durchaus erlaubt ist, solange es nicht ins Gewicht fällt und niemandem auffällt. Herr Finanzminister, die bisherigen Ausführungen Ihres Hauses geben uns Anlass zu großem Misstrauen. Wir werden deshalb weiter an diesem Thema dranbleiben und es im Ausschuss begleiten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)